

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD**Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union sicherstellen!**

Die Europäische Kommission hat am 29. Juni 2011 ihren Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014 bis 2020 vorgelegt. Damit ist die EU-weite Diskussion über die Frage eröffnet, wie sich die auf Grundlage des Lissabon-Vertrags erweiterten Aufgaben und Erwartungen an die Union, die notwendigen gemeinsamen Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Förderung des sozialen Ausgleichs und von Bildung und Innovation auch im Haushalt der EU niederschlagen. Denn nur so kann die Handlungsfähigkeit Europas nach innen und nach außen gestärkt und wieder gewonnen werden.

Diese Diskussion findet in einer Situation statt, in der die immer noch unabsehbaren Folgen der Finanz- und Schuldenkrise die öffentlichen Haushalte auf allen Ebenen stark unter Druck setzen. Das muss auch in der Debatte um die Finanzplanung der EU berücksichtigt werden, indem der europäische Mehrwert von Maßnahmen genau untersucht und begründet wird, indem ein Aufbau auf europäischer Ebene auch mit Abbau auf nationalstaatlicher Ebene verbunden wird und indem auch die europäischen Organe sich mehr als bisher der Sparverpflichtung stellen.

Daher ist die jetzt beginnende Debatte um die Finanzplanung der EU eine Diskussion, an der sich alle politischen Ebenen in Wahrnehmung ihrer Interessen und ihrer Integrationsvereinbarung beteiligen müssen.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich an der nationalen wie europäischen Willensbildung auf der Grundlage folgender Positionen zu beteiligen:

- a) Der Finanzrahmen der EU muss so ausgestaltet sein, dass eine angemessene Wahrnehmung der der Union zugewiesenen Aufgaben gewährleistet ist. Der von der Kommission vorgeschlagene Mehrjährige Finanzrahmen ist dafür die absolute Untergrenze.
- b) Die Prioritäten der europäischen Gemeinschaftspolitik müssen im Rahmen des EU-Haushalts berücksichtigt werden, die Verschiebung in einen „Schattenhaushalt“, wie bei den Mitteln für das auch in Bremen verankerte GMES-Programm, wird abgelehnt.
- c) Die EU muss wieder in die Lage versetzt werden, den Haushalt im Wesentlichen durch echte Eigenmittel zu finanzieren. Die Vorschläge der Kommission zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer an Stelle der Beiträge der Mitgliedstaaten gehen deshalb in die richtige Richtung.

Dr. Hermann Kuhn,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ulrike Hiller,
Björn Tschöpe und Fraktion SPD